

Treffen mit IWF und Weltbank

Die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit mittels einer wachstums- und entwicklungsorientierten internationalen Politik ist- die Hauptforderung, die der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank vorgelegt hat. Unmittelbar vor Beginn der Jahresversammlungen von IWF und Weltbank in Berlin traf eine IBFG-Delegation mit dem geschäftsführenden Direktor des IWF, Michel Comdessus, und mit Weltbankpräsident Barber Conable zusammen.

Nach den Sitzungen erklärte IBFG-Generalsekretär John Vanderveken, die jahrelangen beharrlichen Bemühungen des IBFG, den Finanzinstitutionen den Wert von Konsultationen mit der Gewerkschaftsbewegung klar zu machen, seien positiv aufgenommen worden. IWF und Weltbank seien nun vermehrt bereit, auf die von den Gewerkschaften vorgetragene Besorgnis über die Folgen der Schuldenkrise für die Arbeitnehmer und ihre Familien in den Entwicklungsländern einzugehen und die Schlüsselrolle der Gewerkschaften im Prozess der strukturellen Anpassungen anzuerkennen.

IWF und Weltbank stimmten der Forderung zu, dass die Regierungen bei der Erstellung von Anpassungsprogrammen die Gewerkschaften hinzuziehen sollten. Die Gewerkschaften könnten auch auf die Regierungen in Industrieländern dahingehend Druck ausüben, dass diese auf nationaler Ebene und im Rahmen der zuständigen internationalen Institutionen nachdrücklicher positive Schritte zur Lösung der Schuldenkrise einleiten.

Die Gewerkschaftsdelegation betonte die enge Beziehung zwischen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aspekten. „Extreme Erscheinungen der Armut können extreme politische Reaktionen auslösen“, sagte Vanderveken, „und das kann die demokratischen Institutionen in Gefahr bringen, insbesondere in noch jungen Demokratien.“ Die wachstumsorientierte Entwicklung müsse durch einen breiten nationalen Konsens unter Einbezug der Arbeitnehmer abgestützt sein. Die Gewerkschaften seien zu konsultieren. Die hohe Arbeitslosigkeit in den Industrieländern müsse Hand in Hand mit den weltweiten wirtschaftlichen Problemen, einschliesslich der Schuldenkrise, angegangen werden. Der IBFG schlug die Schaffung einer neuen Unterstützungseinrichtung zum Schuldenabbau unter der Schirmherrschaft von IWF und Weltbank vor. IWF-Direktor Comdessus und Weltbankpräsident Conable reagierten mit Interesse auf diesen Vorschlag. Es stehe jedoch ausser Frage, erklärt der IBFG in seiner Presseerklärung, dass noch grosse Anstrengungen erforderlich seien, damit dieses Konzept die notwendige Unterstützung seitens der Industrieländer findet. .

Dem IBFG gehören 141 nationale Gewerkschaftsbünde in 97 Ländern mit insgesamt 87 Millionen Mitgliedern in aller Welt an.

PS: Die Politik von IWF und Weltbank gegenüber den Entwicklungsländern gerät immer mehr unter Beschuss. Die internationale freie Gewerkschaftsbewegung muss ihr ganzes Gewicht einsetzen, um die beiden Finanzinstitutionen zu einem Kurswechsel in Richtung einer sozial vertretbaren Politik zu veranlassen.

Helvetische Typographia, 19.10.1988.

Typographia Schweiz > IGB. IWF. HT, 1988-10-19